

Antrag 285/I/2025**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Internationale Klimagerechtigkeit**

- 1 Wir fordern die deutsche Bundesregierung und insbe-
- 2 sondere die SPD dazu auf, bei den zukünftigen UN-
- 3 Klimakonferenzen (COP) auf eine ambitionierte und sozial
- 4 gerechte internationale Klimapolitik hinzuwirken.
- 5
- 6 Folgende Maßnahmen sind hierbei essentiell:
- 7 **I. Gerechtigkeit in der Finanzierung des Klimaschutzes, der**
- 8 **Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und der**
- 9 **Klimafolgeschäden sicherstellen:**
 - 10 • Eine Anerkennung der ‚wahren‘ Kosten, die der
 - 11 Klimawandel verursacht, ist nötig. Neueste Schät-
 - 12 zungen verdeutlichen die möglichen dramatischen
 - 13 Schäden, von fast 20 Prozent Einkommensverlust
 - 14 weltweit bis 2050 und damit Bedarfe auch über dem
 - 15 auf der COP29 vereinbarten Klimafinanzierungsziel
 - 16 von 300 Milliarden USD. Die Länder, die am wenig-
 - 17 sten für den Klimawandel verantwortlich sind, wer-
 - 18 den voraussichtlich Einkommensverluste erleiden,
 - 19 die 60 Prozent höher sind als in den Ländern mit hö-
 - 20 herem Einkommen.
 - 21 • Es braucht dafür ein neues globales Ziel für die Kli-
 - 22 mafinanzierung (New Collective Quantified Goal,
 - 23 NCQG), welches Entwicklungsländer angemessen
 - 24 beim Umgang mit der Klimakrise unterstützt. Der
 - 25 Betrag sollte bis 2030 auf mind. eine Billion USD
 - 26 jährlich erhöht werden, um die tatsächlichen Bedar-
 - 27 fe zur Bekämpfung der Klimakrise auch nur annä-
 - 28 hernd decken zu können. Zum einen sollten hier-
 - 29 für Unterziele für Emissionsminderung, Anpassung
 - 30 an den Klimawandel und Klimafolgeschäden ge-
 - 31 setzt werden, damit neben CO₂-Reduktion auch der
 - 32 Schutz vulnerabler Gruppen vor den Folgen des Kli-
 - 33 mawandels sichergestellt wird. Außerdem bedarf es
 - 34 eines gerechten Verteilungsmechanismus der Kos-
 - 35 ten und einer konkreten Bezifferung des Beitrags al-
 - 36 ler Länder mit den höchsten CO₂-Ausstößen. Hier-
 - 37 zu zählt auch eine Verbreiterung der Geberbasis ge-
 - 38 messen an den aktuellen Pro-Kopf-Emissionen, um
 - 39 weitere Finanzierungsmittel freizusetzen.
 - 40 • Um ausreichend Klimafinanzierung bereitstellen zu
 - 41 können, muss die deutsche Regierung sicherstel-
 - 42 len, dass die deutsche Zusage von 6 Milliarden Eu-
 - 43 ro Klimafinanzierung bis 2025 eingehalten wird. Ab
 - 44 2025 müssen Mittel im Haushalt eingeplant wer-
 - 45 den, die sich an einem fairen Anteil des neuen glo-
 - 46 balen Klimafinanzierungsziels von mindestens 8 bis
 - 47 10 Milliarden Euro pro Jahr orientieren. Für einen

Empfehlung der Antragskommission**Vertagt auf LPT I-2026 (Konsens)****LPT I-2025: Überwiesen an Forum Klimaschutz + FA X + Landesgruppe als Material**

Votum FA X. Grundsätzlich ist der Antrag begrüßenswert, kann aber im Detail nicht bewertet werden. Es wird vorgeschlagen, dass beide Fas zu diesem Thema sich austauschen und einen gemeinsamen Workshop organisieren könnten

48 zielgenauen Mitteleinsatz sollen hierbei humanitä-
 49 re und rechtsstaatliche Kriterien berücksichtigt wer-
 50 den und die Zivilgesellschaft vor Ort eingebunden
 51 werden.

- 52 • Die Ausgestaltung des Loss and Damage Funds
 53 durch klare Zeitleisten und Kriterien für Einzahlung
 54 und Verwendung des Geldes ist essentiell. Deutsch-
 55 land sollte den Fonds nachhaltig finanzieren und
 56 sich als Mitglied des Boards dafür einsetzen, dass
 57 die Gelder direkt bei den schutzbedürftigsten Ge-
 58 sellschaftsgruppen ankommen, wofür eine enge Zu-
 59 sammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor Ort nö-
 60 tig ist.
- 61 • Neben Krediten sollten verstärkt Zuschüsse und
 62 alternative Finanzierungsarten Anwendung finden
 63 (z.B. debt for climate swaps), um die Verschuldung
 64 von Ländern im sog. Globalen Süden nicht weiter
 65 anzufeuern. In diesem Kontext sollte die Frage der
 66 Klimafinanzierung mit der Reform der internationa-
 67 len Finanzarchitektur zusammen gedacht werden,
 68 um Staaten mehr Anreize und bessere Unterstüt-
 69 zung für Investitionen in globale öffentliche Güter
 70 wie den Klimaschutz zu bieten und u.a. ein
 71 Staateninsolvenzverfahren aufgesetzt werden.
- 72 • Wir unterstützen eine weltweite Mindeststeuer für
 73 Milliardäre, wie von Brasilien in der G20 vorgeschla-
 74 gen. Die faire Besteuerung großer Vermögen könn-
 75 te nötiges Geld für den Klimaschutz bereitstellen
 76 und würde dafür sorgen, dass die sehr reichen Be-
 77 völkerungsgruppen, die in besonderem Maße für die
 78 Klimakrise verantwortlich sind, auch zu deren Be-
 79 kämpfung angemessene Beiträge leisten. Und nicht
 80 zuletzt ist es wichtig, dass klimaschädliche Subven-
 81 tionen weltweit abgebaut werden, u.a. im Flugver-
 82 kehr.

83
 84 **II. Den Just Transition Ansatz konsequent anwenden, u.a.**
 85 **bei der Bestimmung der national festgesetzten Beiträge**
 86 **(NDCs) und des Globalen Anpassungsziels (GGA), sowie**
 87 **beim Just Transition Work Programme (JTWP).**

- 88 • Derzeit beinhalten nur weniger als 40% aller NDCs
 89 explizit Just Transition Prinzipien, was bedeutet,
 90 dass in einem Großteil der Maßnahmen zur Be-
 91 kämpfung des Klimawandels soziale Gerechtigkeit
 92 und die Einbindung von Gewerkschaften und der
 93 Zivilgesellschaft in die Transformation nicht ausrei-
 94 chend berücksichtigt werden. Durch die Integrati-
 95 on von Just Transition Elementen in NDCs und des
 96 GGAs kann allerdings nicht nur ein sozial gerech-
 97 ter Strukturwandel hin zu mehr Klimaschutz unter
 98 Einbindung marginalisierter Gruppen sichergestellt
 99 werden. Just Transition Ansätze bedeuten auch re-
 100 duzierte systemische Risiken der Transformation

und sind so attraktiver für öffentliche und private für Investor*innen. Und nicht zuletzt tragen soziale gerechte Klimaschutzmaßnahmen, die von einer breiten Bevölkerungsgruppe getragen werden, auch zu einer größeren Akzeptanz bei.

- In den Verhandlungen zum JTWP müssen die ILO-Leitlinien für Just Transition sowie die Arbeitnehmer*innenrechte fest verankert werden. Das JTWP sollte konkrete und verbindliche Empfehlungen für die Umsetzung machen und sich weniger auf prozedurale Elemente konzentrieren.

III. Konkrete Maßnahmen zur Reduktion der Genderbedingten Ungerechtigkeiten, die durch den Klimawandel entstehen, definieren:

- Es braucht dringend einen neuen und umfassenden Gender Action Plan, der die Querverbindungen zu Just Transition und Menschenrechten herstellt. Bereits erreichte Fortschritte bei Gendergerechtigkeit im Rahmen des Lima Work Programmes müssen verteidigt werden sowie Ziele, Indikatoren zur Messung des Fortschritts bzgl. Gendergerechtigkeit im Hinblick auf den Klimawandel und Verantwortlichkeiten klarer definiert werden.

IV. Zivilgesellschaftliche Räume und Umweltaktivist*innen schützen

- 196 Umwelt- und Klimaaktivist*innen wurden 2023 weltweit ermordet. Sichere und freie Räume für eine aktive Zivilgesellschaft sind unabdingbar für offene Gesellschaften und Fortschritte für wirksamen und inklusiven Klimaschutz und müssen daher unbedingt geschützt werden. Daher sollte von der SPD darauf hingewirkt werden, dass die jeweilige COP-Präsidentschaft Menschenrechte achtet und Zivilgesellschaft schützt, z.B. durch die öffentliche Thematisierung diesbezüglicher Verstöße durch die Bundesregierung.